

Nur die Türkei kann die EU retten – Erdogan

Die Mitgliedschaft Ankaras würde eine „Rettungsleine“ für die alternde Wirtschaft und die Arbeitskräfte des Blocks darstellen, sagte der Präsident.

26.02.2025

Nur die Vollmitgliedschaft der Türkei in der EU kann den Block vor dem unvermeidlichen Niedergang bewahren, so der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan. Die Bewerbung Ankaras um den EU-Beitritt ist seit fast einem Jahrzehnt in der Schwebe, da das Land in einer Reihe von Bereichen die EU-Standards nicht erfüllt.

In einer Fernsehansprache im Anschluss an eine Kabinettsitzung in Ankara am Montag behauptete Erdogan, dass die Mitgliedschaft der Türkei „die EU aus ihrer Sackgasse retten könnte, die von der Wirtschaft bis zur Verteidigung und von der Politik bis zum internationalen Ansehen reicht“. Er fügte hinzu, dass die Türkei eine „Rettungsleine“ für die alternde Wirtschaft und die Arbeitskräfte in der EU darstellen könnte.

Erdogan forderte die EU auf, diese Situation so schnell wie möglich anzuerkennen und nicht mit denselben alten Fehlern fortzufahren. „Wie immer sind wir bestrebt, unseren Beitrittsprozess auf der Grundlage von gegenseitigem Nutzen und Respekt mit einem konstruktiven Ansatz voranzutreiben“, sagte er und erklärte, dass rasche Ergebnisse in Reichweite seien, wenn die EU den politischen Willen zeige.

Dem türkischen Präsidenten zufolge ist die EU auch von innenpolitischen Problemen geplagt. Die liberale Demokratie, einst die „verlockendste Ideologie“, befinde sich heute in einer schweren Krise, in der die Lücke von „rechtsextremen Demagogen“ gefüllt werde, sagte er und verwies auf die jüngsten Wahlerfolge rechter Parteien in der EU.

Da sich die politischen Winde in der EU drehen, äußerte sich Erdogan besorgt über das, was er als das Aufkommen einwanderungsfeindlicher und islamfeindlicher Bewegungen in Europa bezeichnete, und warnte, dass die Türkei die Situation genau beobachte, um sicherzustellen, dass rechtsgerichtete Kräfte keine türkischen Bürger oder andere muslimische Gemeinschaften in der Union bedrohen.

Die Türkei bewarb sich 1987 um den Beitritt zur EU und erhielt 1999 den Kandidatenstatus; die Beitrittsverhandlungen begannen 2005. Der Prozess ist jedoch seit 2016 aufgrund erheblicher Hindernisse, darunter Bedenken hinsichtlich der Menschenrechte, der demokratischen Standards und der ungelösten Zypern-Frage, im Wesentlichen ausgesetzt worden.

Im Jahr 2018 behauptete die EU, Ankara habe sich „immer weiter von der EU entfernt“ und die Gespräche seien „praktisch zum Stillstand gekommen“. Trotzdem hält die Türkei daran fest, dass die EU-Mitgliedschaft ein „strategisches Ziel“ bleibt.

Rechtsgerichtete Kräfte haben in den letzten zehn Jahren in der gesamten EU allmählich an Stärke gewonnen, ein Trend, der durch die zunehmende Migration noch verschärft wurde. Bei der jüngsten Bundestagswahl in Deutschland erreichte die rechtsgerichtete Partei Alternative für Deutschland

(AfD) 20,8 Prozent der Stimmen und wurde damit zur zweitstärksten Partei im Bundestag. Inzwischen gibt es in Deutschland eine bedeutende türkische Diaspora, deren Zahl auf etwa 1,5 Millionen geschätzt wird.